



26. April 2018

Offener Brief zur Lage der Minderheiten in Syrien und im Irak

Empfänger: Alle Staats- und Regierungschefs der EU- und NATO-Mitgliedsstaaten sowie die supranationalen Organisationen UN, NATO, EU, IGH, Arabische Liga, und UN-Menschenrechtsrat

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel (neben anderen Empfängern, siehe unten),

in modernen Staaten mit demokratischer Verfassung nimmt der Minderheitenschutz einen prominenten Platz ein. An ihm kann man den Grad der Demokratisierung einer Gesellschaft gut ablesen. Einen solchen staatlichen Schutz genießen die Minderheiten in Syrien und im Irak gegenwärtig nicht. Im Gegenteil: Durch Bürgerkrieg und politische Destabilisierung in diesen Ländern sind Machtvakuen entstanden, die islamistischen Terror gegen Minderheiten ermöglicht und begünstigt haben. Eziden, Christen, Aleviten, Juden, Drusen und Angehörige anderer religiöser und ethnischer Gruppierungen wurden in den letzten Jahren zu Hunderttausenden aus ihrer Heimat vertrieben. Sie werden Tag für Tag entmenschlicht, verschleppt und ermordet. Ihr Kulturgut wird mit Füßen getreten. Wo einst kulturelle Vielfalt ein gedeihliches Miteinander zwischen den Konfessionen und Ethnien ermöglichte, herrschen vielerorts nur noch Hass, Gewalt und Terror durch radikalislamistische Gruppierungen.

Afrin – eine politische und moralische Bankrotterklärung der internationalen Staatengemeinschaft

Der Angriff auf die nordsyrische Stadt Afrin steht exemplarisch für diesen Vorgang. Vergessen von der Welt, insbesondere den wirtschaftlich und politisch potenten Demokratien des Westens, erlebt die Zivilbevölkerung Afrins unvorstellbares Leid. Der Einmarsch der Türkei in Afrin, der von Experten wie von einer Reihe von Regierungsvertretern als völkerrechtswidrig eingestuft und als solches entschieden

zurückgewiesen wurde, ging einher mit einer Verfolgung, Vertreibung und Tötung der Zivilbevölkerung, insbesondere der nicht-muslimischen. Der militärische Vorstoß der Türkei in Afrin wurde dabei nicht nur mit türkischen Soldaten, sondern in Kooperation mit der Freien Syrischen Armee (FSA) durchgeführt. Diese beherbergt unter anderem Dschihadisten, die zuvor für den sog. Islamischen Staat (IS) und andere islamistische Terrorbanden Verbrechen begingen. Unbestätigten Meldungen zur Folge sollen mehrere hundert Zivilisten von den mit der Türkei verbündeten dschihadistischen Milizen verschleppt worden sein. Mindestens 300 zivile Todesopfer soll es bereits gegeben haben. Etwa 170.000 Zivilisten wurden bereits dazu gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Dschihadisten plündern die Häuser und Läden der geflüchteten Einwohner Afrins leer. Diese sind nach Rückmeldungen von internationalen Hilfsorganisationen vielfach abgeschottet von medizinischer Versorgung. Sie haben zudem keinen ausreichenden Zugang zu Wasser und Lebensmitteln. Medizinische Vorsorgeeinrichtungen in Afrin werden zudem gezielt bombardiert und zerstört.

Zeugenberichten zu Folge sollen die Dschihadisten seit der Belagerung Afrins am 18.03.2018 gezielt nach nicht-muslimischen Haushalten suchen. Auch sollen sie Menschen Koranverse aufsagen lassen, um zu überprüfen, ob es sich bei den in der Stadt Afrin Hinterbliebenen um Muslime handelt. Die Muslime „erzieht“ man zum Extremismus, Andersgläubige werden abgeführt. Mittlerweile sind das Benutzen der kurdischen Sprache und das Ausüben des christlichen und ezidischen Glaubens verboten. Türkische Medien veröffentlichen Videos mit Schülern, die die Nationalflagge der Türkei schwenkend zur Schule gehen. In Afrin wurden drei christliche Kirchen niedergebrannt, vier weitere und ein Bibelzentrum ausgeplündert und das Schrifttum verstreut. Geschäfte und Häuser von Christen, die durch Kreuze oder andere Zeichen erkennbar waren, wurden ausgeraubt und in Brand gesteckt. All das nährt den begründeten Verdacht, dass wir den Beginn einer ethnischen und religiösen Säuberungswelle beobachten.

Shingal – ein Genozid und kein Ende

Es wäre naiv und realitätsfern anzunehmen, die Invasion in Afrin sei ein einmaliger Vorgang. Der türkische Präsident Erdogan hat unlängst weitere Vorstöße des türkischen Militärs für ganz Nordsyrien und eine Intervention in Shingal angekündigt, und das, obwohl die PKK sich aus dieser Region bereits zurückgezogen hat. Die nordirakische Region Shingal war seit dem 03.08.2014 Schauplatz eines grausamen Völkermords an

den dort mehrheitlich lebenden Eziden durch den IS. Durch diesen Völkermord wurden tausende Menschen auf bestialische Art und Weise gefoltert und ermordet. Die grausamen Bilder sind bis heute hochpräsent im kollektiven Gedächtnis der ezidischen Gemeinschaft. Über 3.000 Eziden befinden sich noch immer in IS-Gefangenschaft, allen voran Frauen und Kinder. Die schwierige politische Situation hat dazu geführt, dass nach UN-Angaben mehr als 400.000 Menschen aus Shingal geflohen sind und jetzt in großer Zahl immer noch in unzureichend ausgestatteten Flüchtlingsunterkünften im Nordirak ausharren müssen. Für diese Menschen rückt eine Rückkehr in ihre Heimat, in ihre Dörfer und Häuser immer weiter in die Ferne. Denn die Region wird durch die Androhung von weiteren Militärinterventionen seitens der Türkei noch weiter destabilisiert. Ohne Sicherheit können und wollen diese Menschen verständlicherweise nicht in ihre Heimat zurückkehren. Die IS-Terroristen sind zwar aus Shingal vertrieben, aber die Mehrheit der Eziden ist schwer traumatisiert. Für sie gibt es keinerlei adäquate psychologische Hilfe. Von staatlicher Seite gibt es keine Hilfe. Der so immens wichtige Wiederaufbau der Infrastruktur wird von der Zentralregierung in Bagdad bewusst verschleppt. All das führt zu noch mehr Perspektivlosigkeit auf Seiten der Eziden und stärkt den Wunsch vieler, nach Europa auszuwandern. So werden Fluchtursachen nicht wirksam bekämpft, sondern vielmehr geschaffen und vergrößert.

Die irakischen Christen und andere Minderheiten im Irak teilen ein ähnliches Schicksal. Auch sie mussten nach dem Einmarsch des IS in den Norden des Irak, insbesondere in die Ninive-Ebene, massenhaft fliehen. Ihr Hab und Gut mussten sie zurücklassen. Ihre religiösen Stätten wurden vielfach zerstört. Allein die zweitausendjährige Geschichte der Christen im Irak steht vor einer einschneidenden Zäsur. Ein Überleben der Christen im Irak ist ungewisser denn je.

Zukunftsperspektiven

Weltweit gibt es etwa eine Million Eziden. Das Hauptsiedlungsgebiet im Shingal mit ehemals rund 400.000 Eziden ist zerstört; eine Rückkehr ist in Anbetracht der traumatischen Folgen für die Zivilbevölkerung und der Folgen durch die Zerstörung von Infrastruktur sowie der unzureichenden Sicherheitslage undenkbar. In Afrin lebten mit knapp 30.000 Glaubensanhängern die meisten Eziden Syriens. Die Eziden besitzen hier seit Jahrtausenden alte Heiligenstätten, sind bekannt für ihre Olivenhaine und lebten bis zum Einmarsch der türkischen Truppen friedlich mit ihren muslimischen, alevitischen und

christlichen Nachbarn in der „säkular“ geführten Provinz zusammen, die bis vor kurzem als einer der letzten sicheren Orte in Syrien galt.

Durch die fortwährende Destabilisierung in vielen Ländern des Nahen Ostens geraten die Minderheiten immer stärker unter Druck. Wirksamer staatlicher Schutz vor Gewalt und Tod ist kaum noch vorhanden. Insgesamt beobachten wir mit größter Sorge eine zunehmende Ent-Christianisierung und Ent-Ezidisierung im Nahen Osten. Das Erbe der Jahrtausende alten Religionen und Kulturen der Minderheiten droht unwiderruflich verloren zu gehen, wenn sich die internationale Staatengemeinschaft ihrer Verantwortung nicht bewusst wird und aktiv einschreitet.

Wozu ist die internationale Staatengemeinschaft jetzt verpflichtet?

1. Um die Gewaltspirale in Syrien und den angrenzenden Staaten wirksam zu bekämpfen, müssen Waffenlieferungen und sonstige Rüstungsgüter an die Türkei und andere Kriegsparteien sofort und bedingungslos gestoppt werden. Denn die Waffen werden gegen die schutzlose Zivilbevölkerung in Afrin und anderswo eingesetzt. Ferner sind Gespräche über einen Waffenstillstand zwingend notwendig, um das Leid der Menschen zu stoppen und den Versuch von Friedensgesprächen zu wagen.

2. Es muss ein Zugang internationaler humanitärer Hilfsorganisationen in die Region Afrin ermöglicht werden, damit Medikamente, Nahrung und Wasser an die Not leidende Bevölkerung verteilt werden können.

3. Es ist auch erforderlich, neutrale Beobachter in die Region Afrin zu entsenden, um die politisch-militärische Lage und etwaige Menschenrechtsverletzungen fortwährend zu dokumentieren.

4. Der Minderheitenschutz muss besonders nachdrücklich eingefordert werden. Kurz- und mittelfristig sind Pläne für Schutz- und Flugverbotszonen in den gefährdeten Regionen im Norden Syriens und Nordwestirak unabdingbar.

5. Es braucht ein breites diplomatisches Handeln, um Stabilität in Syrien und im Irak zu schaffen, gerade auch im Interesse Europas. Durch immer neue Militäroffensiven werden aber Fluchtursachen nicht bekämpft, sondern geradezu neu geschaffen. Hier

steht die EU, die selbst immer auf ihren Wertekanon rekurriert, in der Pflicht. Sie muss mahndend auf ihren Bündnispartner Türkei einwirken.

6. Die Türkei ist auch ein NATO-Staat. Die NATO als Organisation und ihre Mitgliedstaaten haben die Pflicht, die Türkei nachhaltig an ihre völkerrechtlichen Pflichten zu erinnern. Dazu gehört die Überprüfung der völkerrechtlichen Legitimation des Militärvorstoßes in Afrin und der geplanten weiteren militärischen Operationen in angrenzenden Gebieten.

7. Es bedarf eines modernen „Marshall-Planes“, um der Zerstörung der Infrastruktur entgegen zu wirken, einen Wiederaufbau zu ermöglichen und auf diese Weise den Menschen eine Rückkehrmöglichkeit zu erhalten. Es geht schlichtweg darum, Fluchtursachen entschieden und wirksam einzudämmen.

Gesellschaft Ezidischer AkademikerInnen e.V. (GEA)

Anschrift: Friedenstraße 36, 33602 Bielefeld, Deutschland

Homepage: www.gea-ev.net

Facebook: www.facebook.com/gea.ev/

Email: info@gea-ev.net

Liste der UnterzeichnerInnen (in alphabetischer Reihenfolge):

- **ACAT Deutschland (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)**
- **ADEL – Center for Human Rights (NGO [Non-Governmental Organization, Nichtregierungsorganisation], Syrien)**
- **AGADEKA – Rat der Völker e.V.**
- **Aktion Hoffnungsschimmer – Hilfe für Flüchtlinge in Not**
- **Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD auf Bundesebene**
- **Arci solidarietà e Sviluppo (NGO, Nuoro, Italien)**
- **Ashti Center for Building Peace (Navenda Aştî jibe Avakirna Aştîyê) (NGO, Syrien)**
- **Assembly of Armenians of Europe (AAE)**
- **Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (ANPI, Rom, Italien)**
- **Associazione nazionale per la Pace (Padua, Italien)**

- **Associazione Primo Marzo Molise (NGO, Campobasso, Italien)**
- **Assyrischer Jugendverband Mitteleuropa e.V. (AJM)**
- **Dr. Giorgio Barbarini (Arzt, Menschenrechtsaktivist)**
- **B.C.S. – Baladna (NGO, Syrien)**
- **Marco Bersani (Attac Italien)**
- **Dr. Russell Blacker – the Caucus for the Persecuted Church**
- **Bündnis der Êzîdischen Jugend (Hevgirtina Ciwanên Êzîdî)**
- **Bund der Alevitischen Studierenden in Deutschland (BDAS)**
- **Bund der Bürgerinnen und Bürger aus Kocgiri in Europa e.V. (Avrupa Koçgirililer Birliği e.V.)**
- **Bundesverband der Aramäer in Deutschland (BVDAD)**
- **Casarossa 40 (NGO, Lamezia Terme, Italien)**
- **Franco Cavalli (Direktor des Onkologischen Instituts der Italienischsprachigen Schweiz in Bellinzona, Schweiz)**
- **Common Ground Organization (NGO, Syrien)**
- **Cooperazione Rebelde (NGO, Neapel, Italien)**
- **Csoa Angelina Cartella (NGO, Reggio Calabria, Italien)**
- **Alfonso Di Stefano (Comitato Nu Muos, NGO, Sigonella, Italien)**
- **Ali Dogan (SPD Königswinter)**
- **DOZ e.V. (NGO, Syrien)**
- **Eridu Center for Civil Society and Democracy (NGO, Syrien)**
- **European Federation of Arab Alevis (EFAA, Avrupa Arap Alevileri Federasyonu)**
- **Ezidische Gemeinde Rheinland-Pfalz e.V.**
- **Êzîdische Kulturgemeinde Pfalz e.V.**
- **Êzîdisches Zentrum für Kunst & Kultur (Navenda Çanda Êzîdxan)**
- **Ezidisches Zentrum Senden e.V.**
- **Pastor Dr. Andreas Flick (Êzidenbeauftragter der Evangelisch-reformierten Landeskirche)**

- **Föderation der Dersim Gemeinden (FDG)**
- **Mirca Garut (Alkemia, NGO Modena, Italien)**
- **GAV – For Relief and Development (NGO, Syrien)**
- **Gemeinde der Eziden Bochum e.V.**
- **Gemeinde der Eziden e.V. – Mala Êzîdiya Bergen**
- **Gesellschaft Ezidischer AkademikerInnen e.V. (GEA)**
- **Gewmard Charity (NGO, Syrien)**
- **Giuristi Democratici (NGO, Rom, Italien)**
- **MdB Dr. Gregor Gysi (Mitglied des Deutschen Bundestages, Die Linke, und Präsident der „Europäischen Linken“)**
- **Prof. i.R. Dr. phil. habil. Hartmut M. Griese (Leibniz Universität Hannover)**
- **Hevbendiya Êzîdiyên Sûriyê (HÊS, Allianz der syrischen Yeziden)**
- **Heyva Sor a Kurd (Kurdish Red Crescent Syria) (NGO Syrien, <http://hskurd.org/en/>)**
- **Hilfs- und Solidaritätsverein der Dorfgemeinschaft Oguz e.V. (Komela Alîkarî û Piştgiriya Gundê Şimizê)**
- **Human Rights Organization Jazeera (NGO, Syrien)**
- **Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)**
- **Kaniya Sipî e.V.**
- **Prof. Dr. Samvel Kochoi (Vorsitzender des Kongresses der Eziden in Russland)**
- **Prof. Dr. Philip G. Kreyenbroek (Georg-August-Universität Göttingen, emer.)**
- **Kurd Bê Sînor (NGO, Syrien)**
- **Kurdish-European Society**
- **Laliş Dialog (Holger Geisler)**
- **Paolo Limonta (Kommunalpolitiker, Mailand, Italien)**
- **Prof. Dr. Sebastian Maisel (Grand Valley State University, Michigan, USA)**

- **Menschenrechtsverein Türkei / Deutschland e.V.**
- **MÎTAN – center for reviving the civil society (NGO, Syrien)**
- **Teresa Modafferi (Cobas Scuola, Gewerkschaft, Catania, Italien)**
- **My Childhood (Zarokiya Min) (NGO, Syrien)**
- **No Border (NGO, Rimini, Italien)**
- **Prof. Dr. Chicgoua Noubactep (Georg-August-Universität Göttingen)**
- **Ewelina Ochab (Juristin und Menschenrechtsanwältin, England)**
- **PAK – Organization for Environment and Development (NGO, Syrien)**
- **Mathias Pauls (Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag Celle)**
- **Peace She-Leaders Network (NGO, Syrien)**
- **PÊL – Civil Waves (NGO, Syrien)**
- **Martina Pignatti (Un Ponte Per, NGO, Rom, Italien)**
- **Präventionsinitiative „extrem-dagegen!“ (Birgit Ebel)**
- **Presidio salute solidale (NGO, Neapel, Italien)**
- **Pro Asyl e.V. (Vorsitzender: Andreas Lipsch, Frankfurt am Main)**
- **Progetto Diritti (NGO, Rom, Italien)**
- **Qamihlo Charity (Komela Qamişlo ya Xêrxwazî) (NGO, Syrien)**
- **RÊ – For rehabilitation and development (NGO, Syrien)**
- **Klaus Rees (Ratsherr und Fraktionsgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Bielefeld)**
- **Dr. Jochen Reidegeld (Stellvertretender Generalvikar des Bistums Münster)**
- **Rêxistina Rojava A Alîkariyê û Pêşxistinê (NGO, Syrien)**
- **Rêxistina Sara A Dijî Tundiya Li Hember Jinê (NGO, Syrien)**
- **Roja Sor e.V.**
- **Sawiska Women's Organization (NGO, Syrien)**
- **Dr. Thomas Schmidinger (Politikwissenschaftler, Universität Wien)**

- Maximilian Schmidt (Parteivorsitzender der SPD im Landkreis Celle)
- MdL René Schneider (Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, SPD)
- Dr. Kamal Sido (Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker, GfbV)
- Smart Center (NGO, Syrien)
- SOS Rosarno (Genossenschaft, Reggio Calabria, Italien)
- Staffetta sanitaria (NGO, Rom, Italien)
- Paul Stern (DGB-Vorsitzender, Kreis Celle)
- Suryoye Ruhrgebiet e.V.
- Cindi Tuncel (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Die Linke)
- Verein der Griechen aus Pontos in Köln e.V. "Die Argonauten"
- MEP Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer (Abgeordneter im Europäischen Parlament und Vizefraktionschef der Europäischen Sozialdemokraten)
- Dr. Michael Wilk (Arzt, Menschenrechtsaktivist und Publizist)
- WJAR – Weqfa Jina Azad A Rojava (Stiftung der freien Frau in Rojava) (NGO, Syrien)
- Ya Basta (NGO, Bologna, Italien)
- Yazda Global Organization
- Yezidische Gemeinde Nienburg e.V. (Hevgirtina Ezidiya Nienburg)
- Zentralverband der Ezidischen Vereine e.V. (Navenda Yekîtiya Komelên Êzîdiya, Nav-Yêk)
- Zentrum der Eziden in Göttingen e.V. (Navenda Êzîdîyan li Göttingen)

Empfänger per Post und Email:

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Angela Merkel

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Donald Trump

Premierministerin des Vereinigten Königreichs Theresa May

Staatspräsident der Französischen Republik Emmanuel Macron

Premierminister Italiens Paolo Gentiloni

Premierminister Australiens Malcolm Turnbull

Premierminister Kanadas Justin Trudeau

Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg
Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker
Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani
Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk
Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten Ahmed Aboul Gheit

Empfänger per Email:

Bundeskanzler der Republik Österreich Sebastian Kurz
Premierminister Belgiens Charles Michel
Ministerpräsident Bulgariens Bojko Borissow
Premierminister der Republik Kroatien Andrej Plenković
Präsident der Republik Zypern Nikos Anastasiadis
Ministerpräsident Tschechiens Andrej Babiš
Ministerpräsident Dänemarks Lars Løkke Rasmussen
Ministerpräsident der Republik Estland Jüri Ratas
Ministerpräsident Finnlands Juha Sipilä
Ministerpräsident Griechenlands Alexis Tsipras
Ministerpräsident Ungarns Viktor Orbán
Ministerpräsident Irlands Leo Varadkar
Ministerpräsident Lettlands Māris Kučinskis
Staatspräsidentin Litauens Dalia Grybauskaitė
Premierminister des Großherzogtums Luxemburgs Xavier Bettel
Premierminister Maltas Joseph Muscat
Ministerpräsident der Niederlande Mark Rutte
Ministerpräsident der Republik Polen Mateusz Morawiecki
Premierminister Portugals António Costa
Präsident Rumäniens Klaus Johannis
Ministerpräsident der Slowakei Peter Pellegrini
Ministerpräsident Sloweniens Miro Cerar
Ministerpräsident Spaniens Mariano Rajoy Brey
Ministerpräsident Schwedens Stefan Löfven
Ministerpräsidentin Norwegens Erna Solberg
Ministerpräsident Albaniens Edi Rama
Premierminister der Republik Montenegro Duško Marković
Präsident des Internationalen Gerichtshofs Ronny Abraham
Präsident des UN-Menschenrechtsrats Vojislav Šuc